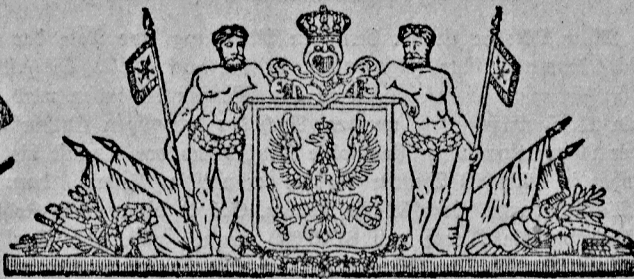


Vossische



Zeitung

7 Mark

Gegründet

1704

Mit

Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernhard, Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.): Jul. Elbau, Berlin Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff 5600 - 5665; für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686 - 3695. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Der Besuch der Reparationskommission.

Zehntägiger Aufenthalt in Berlin.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

vi Paris, 25. Oktober.

Man nimmt hier an, daß der Berliner Aufenthalt der Reparationskommission wenigstens zehn Tage, vielleicht etwas länger dauern wird. An der Reise werden die Hauptdelegierten und die zweiten Delegierten teilnehmen. Der Beschluß der Reise wurde gefaßt nach einer Rede des belgischen Delegierten Deia-croix, der eindringlich vor den politischen und sozialen Rückwirkungen der von Frankreich vorgeschlagenen Kontrollmaßnahmen im Innern Deutschlands gewarnt hat und Beratungen in Berlin für notwendig erklärte. Der englische Delegierte Sir John Brad-bury machte den Vorschlag, das Bankierkomitee um ein Gutachten über die englischen und französischen Vorschläge zu ersuchen. Brad-bury hat ferner den Standpunkt vertreten, daß eine Kontrolle, wie Frankreich sie wünsche, nach dem Versailler Vertrag nicht einfach Deutschland auferlegt werden könne, sondern die Zustimmung Deutschlands und folglich Verhandlungen mit der Reichsregierung zur Voraussetzung haben müßten.

Der Beschluß der Reparationskommission hat, wie ich schon gestern berichtete, in französischen politischen Kreisen die größte Ueber-er-aschung hervorgerufen. Allem Anschein nach hat er sogar am Quai d'Orsay überrascht, und zwar nicht angenehm. Die bei Poincaré akkreditierten Pressevertreter haben auf jeden Fall den Eindruck empfunden, daß der Ministerpräsident die Reise nicht gerne sieht und über ihren Erfolg sehr skeptisch denkt.

*

Wie wir hören, werden die Mitglieder der Reparationskommission ihre angekündigte Reise nach Berlin am Sonntag antreten und am Montag hier eintreffen. Der deutschen Regierung ist bisher keine offizielle Mitteilung darüber gemacht worden, über welche Punkte die Mitglieder der Reparationskommission zu verhandeln wünschen. Aus französischen und englischen Meldungen geht hervor, daß es sich um die Frage der Finanzkontrolle handelt.

Es ist klar, daß Besprechungen zwischen Vertretern der deutschen Regierung und der Gesamtheit der Reparationskommission nur auf einer breiten Basis worden geführt werden können, und daß die Diskussion sich auf das ganze Reparationsproblem

wird erstrecken müssen. Der Reise der Reparationskommission nach Berlin ist deshalb weittragende Bedeutung beizumessen, und es ist begreiflich, daß der Reichkanzler, nachdem er die Mitteilung über diesen Reiseplan aus Paris erhalten hatte, die gebotene Zurückhaltung übte und auf die Absicht, in der gestrigen Sitzung eine große Rede über die außenpolitische Lage zu halten, verzichtete.

Der Vorbereitung für die Verhandlung mit der Reparationskommission werden Besprechungen von Vertretern der beteiligten Reichsministerien dienen, deren erste heute nachmittag unter dem Vorsitz des Kanzlers stattfinden soll.

Die Devisenordnung.

Erleichterung für den Importhandel.

Wie wir hören, wird wahrscheinlich heute noch im Laufe des Tages die Abänderung der Ausführungsbestimmung zur Devisenordnung veröffentlicht werden. Die Regierung erwägt nach wie vor, die Bestimmungen der Devisenordnung zu verschärfen, insbesondere die eigenen Geschäfte der Banken nachprüfen zu lassen und Maßregeln zu treffen, die dem spekulativen Notendhandel der Privatleute enge Grenzen ziehen. Da es sich dabei jedoch um eine Materie handelt, die der sehr genauen Formulierung bedarf, so hat sich die Regierung entschlossen, zunächst einmal diejenigen Abänderungsbestimmungen zu erlassen, die den berechtigten Wünschen von Handel und Industrie entgegenkommen. Nach unseren Informationen werden durch den Nachtrag zu den Ausführungsbestimmungen in erster Linie der Importhandel und die sogenannten Anschlußimportgeschäfte berücksichtigt werden; ebenso wie man den Versuch macht, den besonderen Bedingungen der Schiffahrt sowie des Spektations- und Versicherungsgewerbes gerecht zu werden. Die neuen Bestimmungen enthalten auch wesentliche Erleichterung für die Abwicklung der bereits vorher abgeschlossenen Verträge über Devisenzahlung, über deren Auslegung bisher Unsicherheit bestand.

Lord Curzon.

Von

Sir Thomas Barclay,

früher Mitglied des englischen Unterhauses.

In meiner kleinen Skizze über die Persönlichkeit Bonar Law hatte ich ihn als einen Mann charakterisiert, welcher durch sein Neuhieros nach keiner Richtung hin die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich zieht. Curzon ist dagegen ein vollständiges Widerspiel. Ist der Schotte Bonar Law mit seiner hageren Figur, seinem durchgeistigten Gesicht eine ausgesprochene Gelehrtenerscheinung, so erinnert der mustulöse, völlige Curzon mit seinem John-Bull-Kopf an jene vornehmen Abenteurer, die mehr als alle anderen dazu beigetragen haben, das ungeheure britische Kaiserreich zu errichten, dessen wichtigsten Teil er als unbeschränkter Alleinherrscher regiert hat. Bonar Law und Lord Curzon sind ausgesprochene Vertreter schottischen und englischen Wesens. Sie ergänzen sich. Der eine stellt die philosophischen Grundzüge auf, die Ansichten, die der andere als Herr und Meister der öffentlichen Meinung aufzwingt. Denn Lord Curzon ist der ausgesprochene Latensch, der Widerspruch nur schwer erträgt.

Curzon ist nicht immer so herrisch gewesen. Als Vizekönig von Indien verlor er die Fühlung mit dem Parlament. Er ist nicht der erste, der die Herrschergelüste nicht wieder los werden konnte, nachdem er als schrankenloser Gebieter über die Geschichte orientalischer Völker daran Geschmack gefunden hatte.

Ich erinnere mich seiner als jungen Parlamentarier. Ich war gleichfalls jung. Wir imponierte seine etwas geschraubte Redeweise. Zu jener Zeit beherrschte Thackerays Stil die ganze gebildete Jugend. Wir finden keinen Geschmack mehr an dieser geistreichelnden Art, die uns jetzt nur geizert und langatmig erscheint. Curzon hat sich auch jetzt noch nicht ganz davon frei gemacht und seine Kritiker nennen ihn öfters „a superior person“, ein Beinamen aus seiner Schulzeit, der sich auf Curzon reimt.

Einer der großen englischen Familien entstammend und später zu Vermögen gelangt, hat Curzon schon jung große Reisen unternommen. Ausgezeichnete Beziehungen öffneten ihm alle Türen und verschafften ihm jede Erleichterung. Seine Bücher über Mittelasien, besonders über Persien gelten noch heute als das Beste, das über diesen Gegenstand geschrieben ist.

Aber die alte Parteigarde fürchtete, daß das stürmische Draufgehen des jungen konservativen Heißsporns zu einer Spaltung der Partei führen könnte, wie es schon vor ihm Arthur Balfour bei der Fourth Party zu Wege gebracht hatte. Das bewährte Mittel einer Kaltstellung durch Ernennung zum Mitglied des Oberhauses („Ober“ nur dem Namen nach) würde eine formelle Annahme seinerseits bedingt haben, die er niemals gegeben hätte. So versuchte man ihn mit einem Posten wegzulocken, der seinen selbstherrlichen Neigungen Rechnung trug. Curzon hatte als Member und Grandseigneur eine Schwäche für den Orient, den er auf seinen Reisen zu verstehen gesucht hatte, um ihn schließlich zu schätzen, ja zu lieben. Er war Unterstaatssekretär im Ministerium für Indien gewesen und hatte als solcher eine Vorliebe für die Kunst und Natur dieses Wunderlandes bekommen, für seine malerischen, vornehmen Fürsten, die sich einen Luxus leisten können, den der vulgäre Occident nur schwach nachahmen kann. Als ihm der Posten des Vizekönigs von Indien angetragen wurde, nahm er ihn an. Man erinnert sich seines Zwistes mit Lord Kitchener, oberstem Heerführer der indischen Armee. Curzon trat für die Obergewalt der Zivilverwaltung ein, die Lord Kitchener bestritt. Die öffentliche englische Meinung war geteilt. Kitchener war weit populärer. Die Zeit besserte nichts an der Stimmung für Curzon, obgleich er, vielmehr als Kitchener einen Grundsatz verteidigte, der sonst dem Engländer traditionell teuer ist.

Curzon hat sich nach seiner Rückkehr von Indien weiter mit den orientalischen Angelegenheiten beschäftigt, hat sich selbst so zu sagen zum Vertreter des Orients im Oberhaus erklärt, in das er nun doch nach der indischen Eskapade „verbannt“ wurde. Bei den Unstimmigkeiten zwischen England und Rußland aus Anlaß der Ernennung des Amerikaners Shuster zum Finanzrat bei der persischen Regierung, die England anfangs akzeptiert, aber auf Verlangen Rußlands wieder preisgegeben hatte, stand er, wie ich, auf Seiten des Amerikaners gegen die schwachmüchtige Stellung des Foreign office, damals unter Sir Edward Grey.

Lord Curzon galt als Vorkämpfer guter Beziehungen mit den Mohammedanern. Man konnte nicht begreifen, daß ein Mann, der Indien beherrscht hat, nicht Lloyd George daran zu hindern verstand, sich dem Vorwurf auszuweichen, die islamitische Empfindsamkeit im Nahen Orient nicht genügend berücksichtigt zu haben. Vielleicht wird er sich in dem neuen Kabinett die Möglichkeit gesichert haben, seine alten Ueberzeugungen durchzusetzen.

c London, 25. Oktober.

Das neue Kabinett Bonar Law ist erst in seinen wichtigsten Posten vollständig gebildet. Es sind noch eine Reihe von Posten zu besetzen, darunter die Finanzsekretäre des Schatzamtes, der Abmintalität und des Kriegsamtes, der Kanzler des Herzogtums Lancaster, Direktor des Ueberseehandelsdepartements, Pensionsministerium und

Die Friedensgarantien im Völkerbund.

Greys Programmrede.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

* London, 25. Oktober.

Die Asquith-Liberalen haben gestern ihr Programm veröffentlicht, in dem zunächst ausgesprochen wird, daß beide Flügel der bisherigen Koalition für die politischen Sünden verantwortlich seien. Es heißt dann: Liberalismus bedeutet noch lange nicht Sozialismus. Liberalismus verweist die Lehre vom Kriege gegen private Unternehmungen.

Wie verlangen: Friede und Abrüstung durch den Völkerbund, die sofortige Revision und Regelung der Reparationsfragen und lateralisierten Schulden; praktische Sparbarkeit in der öffentlichen Verwaltung und Aufgabe der Politik militärischer Abenteuer im Ausland; Schutz der Arbeiter gegen die Arbeitslosigkeit, Zusammenarbeit zwischen Kapital und Arbeiter und ehrliche und faire Behandlung der organisierten Arbeiter auf der Basis des wirtschaftlichen Friedens; Freihandel mit sofortiger Aufgabe des Industrieschutzgesetzes und ähnlicher Schutzmaßnahmen; den Ausbau wichtiger sozialer Einrichtungen, wie Erziehung, Wohnungsbau und Gesundheitspflege.

Die außenpolitischen Gesichtspunkte dieses Programms wurden gestern vom Führer der freien Liberalen im Oberhaus Lord Grey in einer Rede folgendermaßen erläutert: „Die Art, in der die bisherige Regierung die auswärtige Politik geführt hat, erniedrigte das Band im Innern und gefährdete es im Ausland. Eine gerade konservative Regierung ist einer Rückkehr zur früheren Koalition vorzuziehen. Das Land will Ruhe und Stetigkeit in den politischen Angelegenheiten haben. Welche Regierung auch immer am Ruder sei, müsse es möglich sein, die auswärtigen Angelegenheiten wieder aus der Sphäre der Parteipolitik herauszuführen.“

Grey sagte, er habe seine Ansicht nie geändert, daß der letzte

Krieg vorzüglich durch den preussischen Militarismus herbeigeführt worden sei, und daß er mit Leichtigkeit 1914 hätte vermieden werden können, wenn in Deutschland der Wille zum Frieden vorhanden gewesen wäre, der in anderen Ländern vorhanden gewesen sei. Er sei dieser Ansicht noch wie im Jahre 1914, aber auf die Ereignisse zurückblickend, sei er der Meinung, daß, wenn die Rüstungen ebenso anwachsen würden wie 1914, von neuem irgendwo ein preussischer Militarismus da sein würde, und zwar, wenn nicht in Preußen, so doch irgendwo anders. Dies sei das Ergebnis des Rüstungswettbewerbes. Die Rüstungen könnten nur in einer Weise niedergehalten werden, nämlich, indem die Macht des Völkerbundes so entwickelt werde, daß die Nationen das Gefühl der Sicherheit erhielten. Dies sei das Einzige, was den Rüstungswettbewerb verhindern werde. Um dies zu tun, müsse man bereit sein, zuzustimmen, daß innerhalb des Völkerbundes die Mitglieder zugleich mit der Herabsetzung der Rüstungen bereit sind, zu erklären, daß sie einander beistehen, wenn irgendeine Nation den Völkerbundvertrag bricht und ein Land angegreift. Wenn man Sicherheit wolle, so müsse, was England auch immer mit Frankreich oder einem anderen Land tue, dies geschehen mit dem Zweck, den Völkerbund zu stärken und so umfassend wie möglich zu machen.

Grey fuhr fort, es sei unmöglich, einen Fortschritt in der Wiederherstellung Europas zu machen. Es sei denn, daß Großbritannien und Frankreich in der Politik an demselben Strang ziehen. Italien würde ihnen beitreten, ebenso andere Staaten Europas.

Jetzt sei die Koalitionsregierung gegangen, und ein neues Kapitel sollte in der auswärtigen Politik aufgeschlagen werden. Wenn die britische Regierung erst einmal fest im Sattel sitze, so könnte sie den Franzosen und anderen Regierungen, mit denen sie zusammenzuwirken wünsche, erklären, sie beabsichtige, vollkommen frei und offen mit ihnen zu sein. Sie werde keinerlei Dinge tun, ohne sie zu fragen oder ihnen mit Ueberraschungen zu kommen, und sie wünsche einen neuen Anfang mit ihnen zu machen. Auf diese Weise könnte der Teil des Bodens, der in den letzten Jahren verloren worden sei, wieder gewonnen werden.